



## **Antrag**

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

### **Sorgerecht der Eltern wahren – Impfkampagne in den Schulen beenden**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die aktuell an den Schulen Schleswig-Holsteins stattfindende Impfkampagne mit dem Einsatz mobiler Impfteams zur Durchführung von Impfungen der über 12-jährigen Schüler unverzüglich zu beenden.

#### **Begründung:**

Kinder und Jugendliche ohne relevante Vorerkrankungen werden laut RKI nicht zu den Risikogruppen gezählt, auch ist bei ihnen in der überwiegenden Mehrheit ein asymptomatischer Verlauf einer SARS-CoV2-Infektionen zu verzeichnen. In wenigen Fällen werden COVID-19-Erkrankungen verzeichnet, die wiederum überwiegend einen milden Verlauf aufweisen. Lediglich ein Prozent der schwereren Krankheitsverläufe führten zu einer Hospitalisierung.

Studien weisen zudem daraufhin, dass Kinder und Jugendliche nach einer SARS-CoV2-Infektion eine niedrigere Viruslast als Erwachsene haben, was wiederum den Rückschluss auf eine niedrigere Infektiosität zulässt. Schulen waren zu keinem Zeitpunkt Orte gravierenden Infektionsgeschehens, Kinder und Jugendliche waren zu keinem Zeitpunkt Pandemietreiber.

Zu diesem Schluss kommt auch die Ständige Impfkommission (STIKO), die bis heute eine Corona-Impfung von unter 12-jährigen Kindern gar nicht, und in der Altersgruppe 12- 17 Jahren nur eingeschränkt - für Kinder und Jugendliche mit einem besonderen Risiko für schwere Verläufe etwa wegen Erkrankungen wie Diabetes – empfiehlt.

Die STIKO empfiehlt außerdem, dass Impfentscheidungen für die Altersgruppe 12 – 17 Jahren nur mit ärztlicher Aufklärung und als individuelle Entscheidung von Kindern und Eltern erfolgen soll. Die in Schleswig-Holstein nach den Sommerferien angelaufene Impfkampagne mit mobilen Impfteams wurde jedoch nur unzureichend kurzfristig mit dem Versenden von Merkblättern und Einverständniserklärungen am 28. Juli 2021 eingeleitet, wobei 14-jährigen Jugendlichen die Entscheidung zur Impfung ohne Hinzuziehung der Erziehungsberechtigten oder gar Konsultation eines Arztes angetragen wurde. Weder waren mit dem Hausarzt durchgeführte Beratungen erforderlich, noch war den Eltern ausreichend Zeit gegeben, sich zum Start des Schuljahres mit Schulleitung, Lehrern oder Ärzten zu beraten.

Die Kritik an der Impfkampagne an den Schulen wird von Eltern und Lehrern gleichermaßen geteilt. Befürchtungen der Lehrgewerkschaft GEW aber auch des Schulleiterverbandes zufolge können Konflikte in den Schulbetrieb verlagert werden. Auch der Landeselternbeirat zeigt sich enttäuscht darüber, nicht zuvor in die Planung der Landesregierung eingebunden worden zu sein. Eltern seien nun verunsichert, weil die STIKO einerseits die Impfung von 12- bis 17-Jährigen nicht empfiehlt, andererseits die mit Terminsetzungen versehenen Schreiben zusammen mit den mobilen Impfteams in den Schulen einen großen Druck für oder gegen die Impfung des eigenen Kindes erzeuge.

Leidtragende dieses Impfdrucks sind vor allem die Kinder und Jugendlichen selbst. Diese stehen nun ohne ausreichende Möglichkeiten zur Beratung mit den Eltern, dem Hausarzt oder auch dem sozialen Umfeld vor einer Entscheidung, die aus wissenschaftlichen und medizinischen Aspekten heraus nicht zu befürworten ist, während der politische und soziale Druck stündlich wächst. Kinder und Jugendliche sind gerade in dieser Phase ihres Lebens auf Zugehörigkeit und die eigene Identifizierung in sozialen Gruppen angewiesen. Nun sehen sie sich einem enormen Impfdruck ausgesetzt, bei dem die medizinische Notwendigkeit hinter der politischen Forderung zurücktritt.

Claus Schaffer und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD